

8009/AB
vom 03.12.2021 zu 8169/J (XXVII. GP)
bmi.gv.at

 Bundesministerium
Inneres

Karl Nehammer, MSc
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.777.457

Wien, am 3. Dezember 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Nikolaus Scherak, MA Douglas Hoyos-Trauttmansdorff, Kolleginnen und Kollegen haben am 6. Oktober 2021 unter der Nr. **8169/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Sicherheitslücken und eingebaute Zensurfunktionen in chinesischen Mobiltelefonen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Liegt Ihrem Ministerium der Report der litauischen Behörden bezüglich der kürzlich entdeckten Sicherheitslücken in 5G-Smartphones von Huawei und Xiaomi vor?*
 - a. *Wenn ja, was leiten Sie konkret daraus ab?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Aufgrund der Öffentlichkeit des Berichts liegt dieser dem BMI vor.

Zur Frage 2, 3, 4, 6, 7:

- *Hat Ihr Ministerium oder eine nachgelagerte Dienststelle Maßnahmen zur Prüfung der kürzlich entdeckten Sicherheitslücken in 5G-Smartphones von Huawei und Xiaomi gesetzt?*
 - a. *Wenn ja, welche Maßnahmen wurden gesetzt?*

- b. Wenn nein, warum nicht?*
- *Hat Ihr Ministerium oder eine nachgelagerte Dienststelle Maßnahmen zum Schutz der österreichischen Bürger_innen vor den kürzlich entdeckten Sicherheitslücken in 5G-Smartphones von Huawei und Xiaomi gesetzt?*
 - a. Wenn ja, welche Maßnahmen wurden gesetzt?*
 - b. Wenn nein, warum nicht?*
- *Hat Ihr Ministerium oder eine nachgelagerte Dienststelle Maßnahmen zur Aufklärung der österreichischen Bürger_innen über die kürzlich entdeckten Sicherheitslücken in 5G-Smartphones von Huawei und Xiaomi gesetzt?*
 - a. Wenn ja, welche Maßnahmen wurden gesetzt?*
 - b. Wenn nein, warum nicht?*
- *Unternimmt Ihr Ministerium oder eine Ihnen nachgelagerte Dienststelle eine eingehende Prüfung von Anbieter_innen kritischer Telekommunikationstechnologie, die chinesischem Recht unterliegen?*
- *Werden Sie – wie die litauische Regierung – eine Warnung an Bürger_innen aussprechen, die genannten Smartphone-Modelle nicht zu benutzen?*
 - a. Wenn ja, wann und in welcher Form?*
 - b. Wenn nein, warum nicht?*

Nein.

Das parlamentarische Interpellationsrecht ist ein wesentliches in der Bundesverfassung und in der Geschäftsordnung des Nationalrates verankertes Kontrollinstrument, das sich auf den Kompetenz-, Ingerenz- und Verantwortungsbereich der Bundesregierung innerhalb der Vollziehung des Bundes bezieht. Das parlamentarische Interpellationsrecht beschränkt sich daher auf jene Bereiche, in denen ein Weisungs-, Aufsichts- oder Informationsrecht des zuständigen Bundesministers bzw. der zuständigen Bundesministerin besteht, ihm unterliegen daher nur Handlungen und Unterlassungen im Vollzungsbereich der jeweiligen Bundesministerien. Ich darf im anfragegegenständlichen Zusammenhang auf die Zuständigkeit der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort verweisen, der die gleichlautende Anfrage 8167/J XXVII. GP zugegangen ist.

Zur Frage 5:

- *Werden in Ihrem Ministerium die Smartphone-Modell Huawei P40 5G oder Xiaomi Mi 10T 5G als Diensthandys verwendet?*
 - a. Wenn ja, wie gehen Sie mit den Sicherheitsrisiken um, die von diesen Smartphone-Modellen ausgehen?*

Nein.

Karl Nehammer

